

Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Pierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellschein besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einseitige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen - Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 217

Freitag, den 14. September 1928

35. Jahrgang

Chronik des Tages.

* In Genf hat eine neue Konferenz der Besatzungsmächte mit dem Reichsminister stattgefunden, in der man beschloß, die Verhandlungen am Sonntag fortzuführen. Man beurteilt jetzt die Aussichten für die Rheinlandräumung wieder günstiger.
* In Salzburg wurde der deutsche Juristentag mit einer Rede des Reichsjustizministers Dr. Koch-Weser eröffnet.
* Ueber Paris finden am Freitag und Sonnabend Luftkämpfe statt, an denen 400 Flugzeuge teilnehmen.
* Lord Cushendun hat sich in einer Sitzung der Abrüstungskommission gegen eine baldige Einberufung der Abrüstungskonferenz ausgesprochen.
* Graf Brodowski-Kanzen wurde am Donnerstag auf Annettenhöhe beigelegt.

Sonntag neue Räumungskonferenz.

Haben sich die Aussichten gebessert?

Die zweite Zusammenkunft der Mächte der Völkervereinigung mit Deutschland hat gestern vormittag im Hotel Beau Rivage stattgefunden. An der Zusammenkunft nahmen teil: Lord Cushendun, Briand, Scialoja, an Stelle des belgischen Außenministers der Delegierte Belgiens, Baron Moncheur, Völkervereinigung Adatschi sowie von deutscher Seite Reichsminister Müller und Staatssekretär v. Schubert, ferner drei Dolmetscher.

Die Besprechung dauerte von 10 Uhr bis kurz vor 12.30 Uhr. Die Lage hat auf Grund der heutigen Besprechungen hinsichtlich der Weiterführung der Verhandlungen eine gewisse Veränderung erfahren. Die deutsche amtliche Verlautbarung sagt darüber folgendes:

„Heute vormittag fand die in Aussicht genommene zweite Besprechung statt. Dabei ergab sich, daß einige Punkte noch einer weiteren Überlegung bedürfen. Die nächste Besprechung findet am Sonntag vormittag statt.“

Briand in Paris.

Kurz nach Beendigung der Konferenz reiste Briand nach Paris, um dort an einem Ministerrat teilzunehmen. Jedenfalls wird bei diesem Kabinettsrat auch das bisherige Verhandlungsergebnis in Genf eine Rolle spielen. Briand kehrt am Sonntag wieder nach Genf zurück. Der Reichskanzler hat seine Abreise nach Berlin vorläufig verschoben.

Im allgemeinen hat man in Genf den Eindruck, daß man auf französischer Seite die begonnenen Verhandlungen nicht ergebnislos verlaufen lassen will. Von englischer Seite ist, so wird behauptet, eine Vermittlung versucht worden. Es verläutet, daß man sich zunächst auf das Reparationsproblem einigen will. Man rechnet hierbei, daß es gelingen werde, die deutsche Reparationslast zu festzulegen und die sofortige Mobilisierung eines Teiles zu vereinbaren. Von deutschen Sachverständigen soll geprüft werden, ob die Unterbringung von Reichsbahnobligationen auch ohne die Mithilfe Amerikas möglich sein werde. Inwieweit diese Gerüchte den Tatsachen entsprechen, bleibt abzuwarten.

Interessant ist, daß von französischer Seite ein neuer Kontrollvorschlag für das Rheinland in die Debatte geworfen worden ist. Danach sollen sowohl in Frankreich wie in Deutschland die Landesteile längs der deutsch-französischen Grenze einer Kontrolle unterworfen werden, die auch von Deutschland mit gleichen Rechten ausgeübt werden könne. Da über den Verlauf der Verhandlungen auch von der deutschen Delegation keine weiteren Mitteilungen herausgegeben worden sind, läßt sich nicht entscheiden, ob tatsächlich ein solcher Vorschlag in die Diskussion gebracht worden ist.

Eine Urkunde der Versailler Konferenz.

In den Kreisen der Delegationen wird vielfach auf die Urkunde hingewiesen, die während der Versailler Friedenskonferenz am 16. Juni 1919 von Wilson, Lloyd George und Clemenceau über die Bedingungen einer vorzeitigen Rheinlandräumung schriftlich festgelegt worden war. Es wird eindeutig festgestellt, daß die Räumung des Rheinlandes vor den im Versailler Vertrag vorgesehenen Terminen erfolgen könnte, wenn Deutschland Beweise seines guten Willens und Garantien für die Erfüllung der im Versailler Vertrag ihm auferlegten Verpflichtungen geben würde.

Aus der Abrüstungskommission.

Lord Cushendun gegen Anberaumung der Abrüstungskonferenz.

In der dritten Kommission des Völkerbundes für die Abrüstung am Mittwoch ergriß auch der englische Stellvertreter Außenminister Lord Cushendun das Wort. Der Delegierte ging ausführlich auf das englisch-französische Flottenkompromiß ein und betonte, daß es sich bei den

Verhandlungen für dieses Abkommen nur darum gehandelt habe, aus einem englischen und französischen Entwurf einen gemeinsamen Text herauszuarbeiten, in dem die Interessengegenstände über die Flottenrüstung ausgeglichen worden seien. Andere Abmachungen seien nicht erfolgt. Von verschiedenen Staaten habe man Andeutungen, daß ein Kompromiß unangenehm werden könne. Bis die Verhandlungen darüber abgeschlossen seien, könne auf einer Abrüstungskonferenz kein Ergebnis erzielt werden. Aus diesem Grunde sei er dafür, daß nicht bereits heute ein Termin für diese Konferenz festgelegt werde.

Vor ihm hatte der ungarische Graf Apponyi auf die völlige Entwaffnung seines Landes hingewiesen und die Unhaltbarkeit des Zustandes betont, daß das entwaffnete Ungarn von Staaten mit rund 3000 Geschützen und einer halben Million Soldaten umgeben sei und doch keinerlei Schutz genieße. Er drängte darauf, daß endlich mit der Abrüstung ernst gemacht werde.

Saarabordnung beim Reichsminister.

Beruhigende Erklärungen des Reichsministers.

Genf, 13. September.

Reichsminister Müller empfing in Gegenwart der Staatssekretäre von Schubert und Bänder eine Abordnung politischer Parteien des Saargebietes und nahm ihre Darlegungen über die Verhältnisse im Saargebiet sowie ihre Wünsche zu einigen Fragen entgegen. In der Warnndt-Frage konnte der Reichsminister gegenüber den im Saargebiet umlaufenden Gerüchten über die Bereitwilligkeit der Reichsregierung das Warnndt-Gebiet gegen bestimmte Kompensationen abzutreten, mit aller Entschiedenheit feststellen, daß diesen Gerüchten jegliche Grundlage fehle und die Reichsregierung selbstverständlich nie daran gedacht habe und nicht daran denke, jemals derartige Pläne in Erwägung zu ziehen. Die übrigen Fragen, die den Gegenstand der Aussprache bildeten, lagen auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet. Der Reichsminister sagte wohlwollende Prüfung der hierzu vorgebrachten Wünsche zu.

Der Warnndt ist der westlich von Forbach liegende, an Lothringen grenzende, Zipfel des Saargebietes.

Der Auswärtige Ausschuss wird einberufen.

Antrag der Deutschnationalen und Scheidemanns Antwort.

Der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion hat an den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, Scheidemann, das Gerüchten gerichtet, den Auswärtigen Ausschuss des Reichstages auf Beginn nächster Woche einzuberufen.

Scheidemann hat auf dieses Ansuchen die Antwort erteilt, daß er sich am Sonnabend darüber informieren werde, wann die Genfer Delegierten über die Verhandlungen Bericht erstatten könnten. Nach diesen Feststellungen werde er den Termin für die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses bekannt geben.

Der Parteiausschuss der Deutschnationalen ist gestern zu einer Sitzung zusammengetreten, in der laufende Angelegenheiten erledigt wurden.

Deutsche Juristen tagen in Salzburg.

Der Reichsjustizminister über die Rechtspflege.

Auf dem deutschen Juristentag in Salzburg, zu dem zahlreiche Vertreter erschienen waren, wurde Geheimrat v. Kahl wieder zum Vorsitzenden gewählt. In der Begrüßungsansprache kam die deutsch-österreichische Gemeinschaft einseitig zum Ausdruck.

Im Mittelpunkt der ersten Sitzung stand die Rede des Reichsjustizministers Dr. Koch-Weser, der es als erste Aufgabe bezeichnete, das deutsche Rechtsleben zu vereinfachen und übersichtlicher zu gestalten. Veraltete Gesetze müssten beseitigt werden. Aber auch eine Sammlung des bestehenden Rechtes sei notwendig. Inwieweit

das Eideswesen

abgebaut werden könne, müsse geprüft werden. Die Wahrnehmung des Richteramtes dürfe nur durch gereifte und erprobte Persönlichkeiten geschehen. Es gebe kaum ein wichtigeres Staatsgeschäft als die Pflege des Rechtes. Das Interesse des Volkes am Recht gehe leider zurück. Es gelte deshalb, das Recht mit Volksgerechtigkeit zu erfüllen, aber auch das Volk mit Rechtsgerechtigkeit. Auch im Zusammenleben der Völker, so fuhr Dr. Koch fort, schwankt nach die Rechtsidee. Die brutale Beendigung des Weltkrieges, der Bruch der dem deutschen Volke gegebenen Versprechungen haben auch im Zusammenleben der Völker dem Rechtsgedanken Einbuße zugefügt. Das Hauptthema der diesmahligen Tagesordnung ist die Frage des deutschen Einheitsstaates.

Der Lösung dieser Frage komme man am besten näher, wenn man sie so behandle, daß sie der Not des deutschen Volkes gerecht werde. Ein weiteres Thema aus der Tagesordnung wolle er noch heransreifen: das der Kartelle und Truste. Nachdem die

Wirtschaft aus Gründen der Rationalisierung den Standpunkt der Wirtschaftsfreiheit habe verlassen müssen, könnte es, wenn der Staat die Kartelle und Truste nicht kontrolliere, dahin kommen, daß die Kartelle und Truste den Staat kontrollierten.

Man lebe in einer Zeit des Übergangs von einer Desorganisation des Völkerverlebens zu einer geordneten und geordneten Völkervereinigung. Wollte man im Völkerverlebens die Gewalt vermeiden, so müsse das internationale Recht Organisationen und Instanzen schaffen, die dem kommenden und natürlichen Recht gerecht würden und besodmündigt seien, veraltete oder unsittliche Einrichtungen und Verträge zu beseitigen.

Nur einer solchen Völkervereinigung könne das deutsche Volk seine Kräfte zuwenden. Niemand könne den Willen Deutschlands und Österreichs verhindern, gemeinsames Recht zu schaffen.

Nach weiteren Begrüßungsansprachen nahm der Vorsitzende Geheimrat von Kahl erneut das Wort und betonte, „wir fordern, daß das 1919 mit so großem Pathos proklamierte Grundrecht der Selbstbestimmung der Völker endlich auch Anwendung findet für unsere beiden Reiche“. Unter stürmischem Beifall befürwortete er, daß auf die Tagesordnung des nächsten Juristentages auch das Minderheitenproblem gestellt werde.

Die Gültigkeit der sächsischen Landtagswahlen.

Das Reichsgericht muß entscheiden.

Dresden, 14. September.

Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei teilt mit: Bekanntlich hat die Landtagsfraktion der S.P.D. beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 14 Absatz 8 des Landeswahlgesetzes über die Reaktionsstellung sowie auf Ungültigkeitserklärung der Landtagswahlen vom 31. Oktober 1926 geklagt.

Die sächsische Regierung hat in ihrer Gegenerklärung erwidert, daß die S.P.D. zur Aufhebung der genannten Bestimmung, die sie selbst in der Landtagsitzung vom 7. Oktober 1926 mitbeschlossen hat, schon mit Rücksicht darauf nicht legitimiert sei, daß sie selbst durch sie in ihren verfassungsmäßigen Rechten nicht verletzt sei und im übrigen, abgesehen von der Geltendmachung ihres alten Standpunktes in der Rechtsfrage selbst, die Unzuständigkeit des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich zur Entscheidung der Frage behaupte.

Die Regierung hat in Verfolg dieses Rechtsstandpunktes nunmehr von sich aus beim Reichsgericht auf Grund des Artikels 13 Absatz 2 der Reichsverfassung eine Entscheidung darüber nachgeholt, ob § 14 Absatz 8 des Landeswahlgesetzes mit dem Reichsrecht vereinbar sei oder nicht.

Das Reich übernimmt die thüringische Rechnungskammer.

In der letzten Zeit haben in Weimar wichtige Besprechungen mit Vertretern des Reiches zwecks Übernahme der thüringischen Rechnungskammer durch das Reich stattgefunden. Sie haben, wie man erfährt, bereits ein positives Ergebnis erzielt.

Genehmigt das Landtagsplenum die entsprechende Vorlage, so würde die Rechnungskammer am 1. April 1929 vom Reich übernommen werden. Das Staatsministerium wird sich mit der Angelegenheit in diesen Tagen befassen.

Mehrere tausend Verhaftungen in Spanien.

Primo de Rivera Herr der Lage.

Die Aufdeckung einer großangelegten Verschwörung in Spanien wird nunmehr bestätigt. Mehrere tausend Verhaftungen wurden vorgenommen. Durch die rechtzeitige Aufdeckung konnte Primo de Rivera aber leicht Herr der Lage bleiben. Im Lande herrscht Ruhe.

Ueber die Ereignisse in Spanien veröffentlicht die „Petit Gironda“ in Bordeaux einen eingehenden Bericht, in dem es heißt: Liberale, republikanische und kommunistische Elemente haben die Gelegenheit der Reise des Königs nach Stockholm dazu benutzt, eine Verschwörung anzuknüpfen. Auf der ganzen Halbinsel und sogar im Ausland hatte diese Verschwörung Mitglieder.

Das Ziel war, die Regierung zu stürzen.

Der Generalkrieg sollte am 14. September ausgerufen werden. In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch erhielt die Polizei Kenntnis von der Verschwörung. Die Polizei stellte eine Liste der Persönlichkeiten zusammen, die an der Verschwörung teilnahmen. Der Führer der liberalen Partei wurde in das Gefängnis gebracht. Gleichzeitig wurden Weisungen an die verschiedenen Gouverneure gegeben und fast überall Mitglieder der Verschwörung verhaftet. Die Regierung beschloß im Laufe eines Ministerrats die Verhaftung des Ministers Sanchez. Insgesamt wurden in ganz Spanien mehrere tausend Verhaftungen vorgenommen. Die Regierung ist Herrin der Lage.